



„Die Belastungen und die Verantwortung, die Alleinerziehende tragen, werden viel zu wenig anerkannt.“

Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder (Team K)



Alleinerziehern droht Armut

ANHÖRUNG IM LANDTAG: Zahl der betroffenen Kinder seit 1993 um fast 70 Prozent gestiegen

BOZEN (ih). 50 Prozent der Alleinerziehenden leben an der Armutsgrenze oder darunter. Damit gehört die finanzielle Situation zu den größten Belastungen. Hinzu kommt die noch schwierigere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Landtagsabgeordneten bekamen diese Informationen gestern bei einer Anhörung, organisiert vom IV. Gesetzgebungsausschuss, aus erster Hand.

Zur Anhörung eingeladen waren natürlich in erster Linie die Vertreterinnen der Plattform für Alleinerziehende. Josefa Romy Brugger und Astrid Ceol zeigten – mit statistischen Daten belegt – auf, wo der Schuh drückt. Größtes Problem: Die Armutgefährdung. So zeigt ein Astat-Bericht (2021), dass Haushalte mit einem alleinlebenden Elternteil und einem oder mehreren minderjährigen Kind/ern das geringste (äquivalenzbereinigte) Einkommen unter allen Familientypen aufweisen.

Rund die Hälfte der Einelternfamilien sind laut Plattform armutgefährdet. Und das trifft insbesondere die Kinder. Deren Zahl, berichtete Sozialforscherin Prof. Heidi Flarer, ist seit 1993 massiv angestiegen: Während damals rund 9000 Kinder bei nur einem Elternteil lebten, waren es im vergangenen Jahr 15.244. Das entspricht einem Anstieg von



Mit welchen Schwierigkeiten Alleinerziehende zu kämpfen haben, war gestern Thema im Landtag.

68,4 Prozent. Nach den finanziellen Problemen war bei einer Umfrage der Plattform für Alleinerziehende die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die zweitmeist genannte Antwort auf die Frage nach den größten Herausforderungen in ihrer Lebenssituation.

Bei eben dieser Umfrage gaben über 70 Prozent der Alleinerziehenden an, sie fühlten sich „oft am Limit“. 4 von 10 Befragten kreuzten auch an, sich benachteiligt zu fühlen, ein Viertel sieht sich als Teil einer Randgruppe. „Anerkannt“ fühlen sich nicht einmal 5 Prozent (Mehrfachnen-

nungen möglich).

Angehört wurde gestern auch die Rechtsanwältin Marion Brugnara. Sie sprach das Problem der gerichtlichen Trennungs-/Scheidungsakte – eine Voraussetzung für den Zugang zu Sozialleistungen, an. Die damit verbundenen Kosten seien für viele Alleinerziehenden einfach zu hoch, weshalb sie darauf verzichteten – und damit in Folge erzwungenermaßen auf die Sozialleistungen. Eigene Sozialleistungen für Alleinerziehende gibt es im Übrigen nicht.

Auch das Thema Unterhalts-

vorschuss kam zur Sprache. Die Beiträge wurden hier seit 2013 nicht mehr angepasst. „Bei aktuell 1000 betroffenen Kindern würde eine Aufbesserung von 1000 Euro im Jahr das Land eine Million Euro kosten“, rechnet Maria Elisabeth Rieder (Team K) vor, auf deren gemeinsamen Vorschlag mit Zeno Oberkofler (Grüne) die Anhörung erfolgte. „Das Geld wird wohl in einem Haushalt wie dem Südtiroler zu finden sein.“

© Alle Rechte vorbehalten

